

Kurzinformationen

zusammengestellt von Martin Peter Houscht

Bangladesh vor den Wahlen

Die Wahlkommission in Dhaka hat neue Maßnahmen beschlossen, die dazu beitragen sollen, die anstehenden Wahlen reibungslos und rechtmäßig über die Bühne zu bringen. Erstmals in Bangladeshs 24-jähriger Geschichte gingen Wahlhelfer von Haus zu Haus, um potentielle Wähler zu registrieren. Die dann erfolgte Veröffentlichung der Wählerliste dokumentierte über 50 Millionen Wahl-Bürger im Land. Trotz des Aufwandes, der zur Erstellung der Liste betrieben worden war, wurde Kritik an ihr laut: Viele, denen das Wahlrecht hätte zugebilligt werden müssen, seien nicht darin aufgenommen worden. Die Wahlkommission entschied daraufhin, die mißachteten Wahlberechtigten - nach einer weiteren Überprüfung - doch noch zur Wahl zuzulassen. Die Kommission trifft zudem Vorbereitungen zur Einführung computerfähiger Identifizierungsausweise für Wähler. Mit solchen Wählerchecks sollen Wahlbetrügereien, wie sie bei Wahlen der Vergangenheit üblich gewesen waren, ein für alle Mal ausgeschlossen werden.

Überschwemmungen richten großen Schaden an

Tagelange Regenfälle sorgten Ende September für schwere Überschwemmungen in 14 nördlich gelegenen Distrikten des Landes, die in Verbindung mit einer daraufhin einsetzenden Durchfallepidemie mehrere hundert Tote forderten. Nach offiziellen Angaben waren mehr als acht Millionen Menschen von der September/Okttober Flut betroffen, wurden 250.000 Hektar Reisanbauland mit einem Gesamtwert von 175 Millionen US-Dollar zerstört. Mehr als 10.000 Kühe ertranken in den Fluten.

Viele aus Schlamm und Stroh hergestellte Häuser hatten zunächst vor allem im Dinajpur Distrikt den andauernden Regenfällen nicht standhalten können. Anfang Oktober breitete sich dann schnell eine Durchfallepidemie aus. Es fehlte an Nahrungsmitteln, vor allem an sauberem Trinkwasser, sowie an

Medikamenten. Die Epidemie konnten auch 1.100 Ärzteteams, die in die betroffenen Distrikte entsandt wurden, nicht verhindern. Auch die bangladeschische Regierungschefin beteiligte sich an Hilfsaktionen, in dem sie vor Ort Trost spendete und Hilfsgüter verteilte. Doch wurden die im Zuge der Überschwemmungskatastrophe durchgeführten Hilfsmaß-

nahmen generell als nicht ausreichend empfunden. Viele der Flutopfer haben sowohl ihre Häuser als auch ihre Wirtschaftsgrundlage verloren. Das von Regierungsseite in Aussicht gestellte Geld bzw. Saatgut kann an der unmittelbaren Notsituation nichts ändern. Bereits im Juli und August waren 250 Menschen bei Fluten im Nordosten



Flutopfer im Norden Bangladeshs (Foto: Ahmed Fazl)

des Landes getötet worden.

Die Regierung in Dhaka macht auch das auf indischer Seite befindliche Farakka Stauwehr (siehe dazu auch 'Südasiens', 6/95) für die dramatische Situation verantwortlich. Das abrupte Öffnen des Stauwehrrs, so Premierministerin Khaleda Zia, habe zu einem "heftigen Ansturm" des Gangeswassers geführt und die Auswirkungen der Monsunregenfälle verschärft.

Papierkrise

Ein Ende der seit Oktober 1994 anhaltenden Papierkrise (siehe dazu auch 'Südasiens', 8/94) ist noch nicht abzusehen. Die Gesamtproduktion der drei staatlichen Papiermühlen des Landes, 'Khulna Newsprint Mill', 'Karnaphuli Paper Mill' und 'North Bengal Paper Mill', deckt nur wenig mehr als die Hälfte der Gesamtnachfrage, die Produktion des privaten Sektors weniger als ein Prozent. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden großen Buchmessen im Januar und Februar, spitzt sich die Situation wieder zu. Die Preise steigen an, und auch das aus Indien, China oder Korea importierte weiße Papier vermag den Marktpreis nicht zu senken, weil die Regierung hierauf Steuern und Zölle erhebt.

Studenten- und Schülerverbände kritisieren diesen Tatbestand und befürchten, daß nicht genügend Schulbücher gedruckt werden können. Manche Papierhändler sehen in einer 'unheiligen Allianz' von Papiermühlenbediensteten, Beamten, großen Papierhändlern und Politikern die Ursache für die anhaltende Krise. Beweise für diese Anschuldigungen stehen noch aus. Andererseits hat die Regierung bislang nicht ihr Versprechen eingelöst, Inspektorenteams zu bilden, um falschen bzw. unautorisierten Händlern auf die Schliche zu kommen. Auch weigert sie sich, der Forderung des Verbandes der Zeitungsverleger 'Bangladesh Sangbadpatra Parishad' nachzukommen, einer zollfreien Papiereinfuhr zuzustimmen.

Düngemittelskandal Teil II?

Die jüngsten Auseinandersetzungen zwischen Landwirtschafts- und Industrieministerium über die Modalitäten der Düngemittelverteilung veranlaßt politische Beobachter von einer neuerlichen Runde im Düngemittelskandal zu sprechen. Pessimisten glauben an eine Wiederholung der Situation, die bereits im März

diesen Jahres zu großen Ernteeinbußen und 18 Todesopfern führte (siehe dazu auch 'Südasiens', 4-5/95)

Das Landwirtschaftsministerium fordert eine Rückkehr zum Verteilungssystem, wie es vor 1990 Gültigkeit hatte, das Industrieministerium möchte am neuen System festhalten.

Die staatliche 'Bangladesh Agricultural Development Corporation' (BADC) verfügte in der Vergangenheit über ein landesweites Verteilungsnetz, so daß die Bauern den Dünger aus BADC Lagern zu festgelegten Preisen erhielten. 1990 wurde privatisiert. Das BADC System wurde durch das heutige "first-come-first-serve" Prinzip ersetzt. Jeder, der über eine Handelslizenz und Einkommenssteuerbescheinigung verfügt sowie seine Solvenz nachweisen kann, ist berechtigt, am Tor einer der sechs 'Urea' Fabriken 500 Tonnen Düngemittel zu beziehen - das ist die monatliche Höchstmenge. Die Privatisierung der Düngemittelverteilung hatte jedoch Betrügereien im großen Maße zur Folge. Falsche Händler erschienen mehrmals vor dem Fabriktor und schmuggelten den Dünger über die Grenze nach Indien. Leidtragende waren die Bauern in Bangladesh, die das Fünfbis Achtfache des regulären Preises bezahlen mußten - häufig war jedoch kein Dünger vorhanden.

Eine Wiederholung der Vorfälle deutet sich bereits an, schon verschwinden, wie kürzlich in Gaibandha, Düngemittel "im Dunkeln". Wenn diese Situation auch im ersten Quartal des nächsten Jahres anhalten wird, innerhalb der Anbauzeit des Boroertrages, ist ein weiteres Ertragsminus vorprogrammiert. Beobachter sehen noch keine Anzeichen dafür, daß sich das Landwirtschaftsministerium mit seiner Position durchsetzen kann.

Streit um Gangeswasser

Bangladeshs Premierministerin Khaleda Zia hat ihre fünfminütige Rede anläßlich des 50. Geburtstages der Vereinten Nationen in New York dazu genutzt, Indien wegen der ungelösten Farakka-Frage (siehe dazu auch 'Südasiens', 6/95) anzugreifen. Mehr als 40 Millionen Menschen in Bangladesh drohten Armut und Zerstörung, weil Indien nicht zu einer gerechten Aufteilung des Gangeswassers bereit sei. Khaleda Zia rief die Anwesenden auf, bei der Lösung des Problems

mitzuhelfen.

Geschäfte mit potenzsteigernden Mitteln

Selbsternannte Ärzte bieten in Bangladesh Elixiere an, die vor allem dem männlichen Geschlecht helfen sollen, im Bett "seinen Mann zu stehen". Tatsächlich handelt es sich bei den "Ärzten" um Händler, die auf Kommissionsbasis für große Unternehmen tätig werden. Viele der Käufer haben überhaupt keine sexuellen Probleme, glauben aber an die Wunderwirkung der Mittelchen. Diese haben im besten Fall gar keine Wirkung. Oft enthalten sie jedoch Quecksilber und andere gesundheitsschädigende Substanzen. Die Unternehmen machen riesige Gewinne und nutzen den Umstand aus, daß im islamisch geprägten Bangladesh das Thema Sex tabuisiert wird. Vor diesem Hintergrund haben es die "Ärzte" leicht, aus der Unwissenheit ihrer "Patienten" Nutzen zu ziehen. Eines der "Gesundheitszentren" bietet ein Präparat mit dem Namen 'Romoni Khosh Toil' an, auch unter der Bezeichnung "das Öl, das Frauen glücklich macht", bekannt. Auch für Frauen gibt es bereits Schönheitslotionen, die in Verbindung mit einer Schönheitsbehandlung umgerechnet schon mal 1.500 DM kosten können und die Damen angeblich zum Mörmerschwarm avancieren lassen. In Anzeigen lassen Unternehmen "Ärzte" zu Wort kommen, die auf den großen Erfolg der Mittel hinweisen - fragt sich für wen!

Fatwa wegen Eheverweigerung

Im nordöstlichen Sylhet Distrikt wurden Mitte Oktober einer 18jährigen Frau 100 Peitschenhiebe verabreicht. Ein radikal-islamisches Dorfgericht hatte sie dazu verurteilt, nachdem sie sich geweigert hatte, einen sie begehrenden Dorfbewohner zu heiraten. Dilara Begum, so der Name der fast zu Tode Gezüchtigten, wurde - laut einer Meldung der Tageszeitung 'Dhorer Kagoj' - nach der Auspeitschung blutüberströmt in ein örtliches Krankenhaus gebracht. Bei dem "Gericht", welches diese unmenschliche Bestrafung anordnete, handelt es sich um einen selbsternannten religiös-fundamentalistisch orientierten Zirkel, der aus dem lokalen geistlichen Führer, dem Vorsteher der örtlichen Moschee, und einigen Dorfältesten besteht. Solcherart "Gerichte", die sich im Namen Allahs und angeblich

auf der Grundlage der Sharia, anmaßen, Recht zu sprechen, sind illegal. Doch in den letzten Jahren häufen sich die Meldungen über Verurteilungen - "fatwas" - und brutale Bestrafungen von Frauen, die des Ehebruchs oder sonstiger

ehelicher Vergehen bezichtigt werden. Immer sind militante Moslem-Geistliche an vorderster Front an der Formulierung dieser unrechtmäßigen und grausamen Urteilsprüche beteiligt. Engagierte Frauenrechtsgruppen im Land protestieren

seit geraumer Zeit gegen die "fatwas" und appellieren eindringlich an die Regierung in Dhaka, endlich entschieden gegen Moslem-Priester vorzugehen und sie gerichtlich zu belangen - bislang mit geringem Erfolg.

Quo vadis Bangladesh

von Martin Peter Houscht und Ahmed Fazl



Schwere Zeiten für Premierminister Khaleda Zia (Foto: Walter Keller)

Die regierende 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) unter Premierministerin Khaleda Zia sieht sich einer intensivierten Proteststreikwelle ausgesetzt. Die drei großen Oppositionsparteien - die 'Awami League' (AL) unter Sheikh Hasina Wajed, die 'Jatiya Party' (JP) und die 'Jamaat-e-Islami' -, die seit März 1994 die Parlamentssitzungen boykottieren und Ende Dezember vergangenen Jahres geschlossen zurücktraten, versu-

chen mit einer raschen Abfolge von Generalstreiks die Modalitäten der spätestens im ersten Quartal 1996 abzuhaltenen Parlamentswahlen in ihrem Sinne festzulegen - die von ihnen geforderte neutrale Übergangsregierung stößt jedoch weiter auf den Widerstand der BNP.

Auch nach Beendigung des bis zum 19. Oktober andauernden viertägigen Generalstreiks, der mindestens sechs

Todesopfer und Hunderte von Verletzten forderte und der Wirtschaft Bangladeshs Einbußen in dreistelliger Millionenhöhe (in US-Dollar!) beschert haben dürfte, zeichnet sich keine "Zauberformel" zur Lösung des neunzehnmonatigen Konflikts ab, indem bislang mehr als 20 Lösungsansätze formuliert worden sind und sich fast jeder einflußreiche Politiker und Unternehmer, zuweilen auch Diplomat, zu Wort gemeldet hat. Zuletzt